

Das Jahresthema der AWO Thüringen und
der Beitrag von Wohlfahrtsverbänden zur
Demokratie:

Die Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung

Judith Dubiski

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt

„Über Vertrauen, Zusammenhalt und Aufbruch“

– Das Jahresthema der AWO Thüringen und der Beitrag von Wohlfahrtsverbänden zur Demokratie

Die Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung

Judith Dubiski, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt

Der ursprüngliche Titel des AWO-Jahresthemas 2022 wurde schon bald nach Beginn des Projekts gekürzt, denn der Vorsatz „Notizen aus der Pandemie“ schien plötzlich wie eine aus der Zeit gefallene Reduktion. Über Vertrauen, Zusammenhalt und Aufbruch zu sprechen scheint jedoch nötiger denn je. Denn die Welt ist aus den Fugen geraten. Aktuelle und sich ständig zuspitzende Krisen überschlagen sich: Die Corona-Pandemie hat inzwischen (im Frühjahr 2023) zwar eine Phase erreicht, in der fast alle Schutzmaßnahmen beendet wurden und dem Infektionsgeschehen außerhalb medizinischer Einrichtungen kaum noch öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwird, die mittel- und langfristigen sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie-Jahre werden aber immer sichtbarer. Zwei Flugstunden von Deutschland entfernt tobt ein Krieg, dessen Ende nicht absehbar ist und der jeden Tag in vielfältiger Weise Opfer fordert und Menschen zur Flucht zwingt. Drohende Energieknappheit verschärft Konflikte um die Art und Richtung der notwendigen Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft. Inflation und Preissteigerungen in fast allen Lebensbereichen bringen Menschen in diesem wohlhabenden Land in Existenznot. In anderen, weniger reichen Erdteilen weitete sich der Hunger unzähliger Menschen immer weiter aus. Zugleich wird jeden Tag deutlicher sichtbar, dass der Klimawandel keine Zukunftsdrohung, sondern bereits harte Realität ist: Wälder brennen, Überschwemmungen und Stürme zerstören ganze Landstriche, Seen und Quellen trocknen aus, Gletscher schmelzen.

Für viele Mitglieder und Mitarbeitende der AWO Thüringen ist in den letzten Jahren jedoch nicht nur im globalen Sinne die Welt zunehmend aus den Fugen geraten, sondern auch in verbandlicher Perspektive. Die Aufdeckung von Missständen hat ebenso wie die Art und Weise, in der dies geschah, den Landesverband als Gefüge und viele mit ihm verbundene Menschen in ihrer Zugehörigkeit in eine Krise gestürzt.

Eine *Krise* ist aus soziologischer Sicht eine dramatische, situative, kurzfristige Zuspitzung von bestimmten Phänomenen, die einen gesellschaftlichen Zusammenhang oder ein gesellschaftliches (Teil-)System an den Rand seiner Funktionsfähigkeit bringt, weil herkömmliche Problemlösungstechniken nicht mehr (ausreichend) wirken (vgl. Fuchs-Heinritz et al. 1994: 377). Dabei sind Krisen nicht per se gefährlich. Der Krisenbegriff ist zunächst einmal ein deskriptiver, der auch das produktive Potenzial von Krisen berücksichtigt. Krisen sind ergebnisoffen: wenn bisherige Strategien nicht mehr funktionieren, muss nach neuen Problemlösungen gesucht werden. Dies kann gelingen oder scheitern, kann zu Innovationen oder zum Rückgriff auf vermeintlich altbewährte Handlungsweisen und Haltungen führen. Letzteres scheint in Krisen eine pragmatische Lösung zu sein, bedeutet aber häufig eine Begrenzung von Handlungsspielräumen, die eher destruktiv als konstruktiv wirkt (vgl. Salheiser et al. 2020: 19f.).

Vor dem Hintergrund all dieser gesellschaftlichen (und auch verbandlichen) Krisenereignisse¹ spielen sich Diskurse ab, die sich zunehmend zu polarisieren scheinen und zugleich immer unübersichtlicher werden. Eindeutige Positionierungen werden angesichts der Komplexität und Ergebnisoffenheit der Herausforderungen beinahe unmöglich, dennoch – oder gerade deswegen – bilden sich im Diskurs neue Koalitionen unter Anhänger:innen von einfachen Erklärungs- und Lösungsansätzen, wie sich dies in der Pandemie an der Bewegung der selbsternannten „Querdenker:innen“ beobachten ließ. *Vertrauen* und *Zusammenhalt* sind zwei der gesellschaftlichen und verbandlichen Funktionsweisen, die so in die Krise geraten können, in der Krise ggf. nicht mehr funktionieren oder deren Dysfunktion selbst eine Krise (mit) auslöst.

Dass *Vertrauen* und *Zusammenhalt* als die zentralen Begriffe des Jahresthemas 2022 gewählt wurden – dass es also notwendig erschien, genau darüber zu sprechen – lässt darauf schließen, dass hier eine Krise wahrgenommen wurde. Das Jahresthema knüpft also an die genannten Entwicklungen an und greift sie auf. Die übergeordnete Fragestellung für die Wissenschaftliche Begleitung des Jahresthemas lautete:

"Welche Bedeutung und Aufgaben hat die AWO als zivilgesellschaftliche Organisation in Zeiten schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und schwindenden Vertrauens gegenüber Politik und staatlichen Institutionen?"

Diese Frage weist in die Zukunft, sie fokussiert auf die Handlungsfähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der AWO und sucht neue Wege. Auch der dritte Begriff des Jahresthemas – *Aufbruch* – öffnet diese Perspektive. Er stellt den beiden gehaltvollen und zur Analyse anleitenden Konzepten *Zusammenhalt* und *Vertrauen* eine Aufforderung zur Seite. Mit dem Wort ‚Aufbruch‘ verbindet sich kein theoretisches Konzept und keine wissenschaftliche Disziplin. Sprachlich verweist es sowohl auf das *Aufbrechen* als ein In-Bewegung-Setzen und Verlassen eines Ortes als auch auf eine *aufgebrochene Stelle* oder den Vorgang des Aufbrechens bspw. eines Behälters. In sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen wird ‚Aufbruch‘ häufig metaphorisch verwendet und dient der Markierung einer Veränderung, des Beginns von etwas Neuem bzw. der beginnenden Entwicklung auf etwas Neues hin: jemand, eine Gruppe oder ein soziales Konstrukt befindet sich *im Aufbruch*.

Für das AWO-Jahresthema verweist der Begriff *Aufbruch* sowohl auf den Wunsch und die Notwendigkeit, einen Aufbruch aus der Krise bzw. den Krisen zu gestalten, als auch darauf, dass die AWO Thüringen sich bereits im Aufbruch befindet. Mit dem Fokus auf die künftige Bedeutung und Aufgaben der AWO wird zugleich nach der *Legitimation* als zivilgesellschaftliche Organisation gefragt, ohne die ein Aufbruch ziel- und zwecklos wäre.

Die Wissenschaftliche Begleitung des Jahresthemas durch das – im Jahr 1974 vom AWO Bundesverband gegründete, inzwischen aber rechtlich selbständige – Institut für Sozialarbeit

¹ Genau genommen ist der Klimawandel natürlich keine Krise – er ist weder situativ noch kurzfristig – sondern längst eine Katastrophe. Die einzelnen Wetterereignisse und ihre Folgen haben jedoch krisenhaften Charakter und machen darin die Katastrophe sichtbar. Verschiedene Autor:innen plädieren überdies dafür, auch die Pandemie nicht als Krise zu verstehen, der die frühere „Normalität“ gegenüberstehe – vielmehr sei diese „Normalität“ mit ihrem Produktions- und Konsumstil selbst schon der Inbegriff einer Krise gewesen (vgl. Cano 2020: 310, mit Bezug u.a. auf Naomi Klein). Auch Krieg, Flucht, Inflation, Armut und Energieknappheit lassen sich in diesem Sinne verstehen und sind dann allesamt eben *keine* Krisen.

und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt fand zwischen März 2022 und März 2023 statt und verstand sich vor allem als Prozessbegleitung, die einen stetigen Austausch über Eindrücke und Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Erhebungssettings ermöglichte. Empirisches Material, das die Grundlage für die folgenden Überlegungen bildet, wurde auf unterschiedliche Weise erhoben, dazu zählten:

- zahlreiche Telefonate und Videokonferenzen zwischen den zuständigen Mitarbeitenden der AWO Thüringen und des ISS e.V.,
- fünf ca. einstündige Einzelinterviews mit haupt- und ehrenamtlich Tätigen der AWO Thüringen,
- vier teilnehmende Beobachtungen bei Vor-Ort-Terminen,
- intensive Analyse von Dokumenten zum Jahresthema und zur AWO Thüringen allgemein (bspw. Leitbilder, Leitanträge, Berichterstattung zum Jahresthema, Konzeptpapiere, Steckbriefe und Protokolle zu Veranstaltungen, etc.),
- der Vorstellung und Diskussion von Zwischenergebnissen bei der AWO-Ideenschmiede am 10.11.2022.

Die im Rahmen dieser Formate gewonnenen Eindrücke bildeten ein **buntes Mosaik**, bezogen sie sich doch auf die unterschiedlichsten Arbeitsfelder, Gliederungen, Einrichtungen und Verbandsebenen der AWO Thüringen. Jede dieser Perspektiven war zugleich nur durch einzelne Eindrücke oder Gespräche vertreten, sodass **keine vertieften Erkenntnisse und verallgemeinerbaren Aussagen bspw. über einzelne Arbeitsbereiche** innerhalb der AWO Thüringen gewonnen werden konnten. Das Jahresthema mit seinen drei sehr großen Schlagworten und die Gleichzeitigkeit gesellschaftlicher und verbandlicher Entwicklungen, auf die sich diese Schlagworte beziehen, führte zu einer hohen Komplexität. Um beides zusammenzuführen – die eher schlaglichtartigen Beobachtungen aus den unterschiedlichen Erhebungen und die konzeptionelle Komplexität des Jahresthemas – ist es notwendig, mit einer gewissen „Flughöhe“ aus einer theoretischen Perspektive auf alle gesammelten Eindrücke zu schauen: **Wie bei einem Mosaik wird erst aus einer größeren Distanz das Gesamtbild sichtbar, hinter dem dann Detailbeschreibungen zu einzelnen Elementen zurücktreten müssen.**

Diese theoretisch fundierte Perspektive wird nun zunächst entwickelt, bevor sie auf die Beobachtungen im Zusammenhang mit dem Jahresthema 2022 der AWO Thüringen bezogen wird. Die zum Schluss formulierten Aufforderungen sollen Ansatzpunkte bieten, um die Frage nach der Bedeutung, den Aufgaben und der Legitimation der AWO in diesen krisenhaften Zeiten in ihren unterschiedlichen Gliederungen und Arbeitsfeldern weiter zu diskutieren.

1 Große Begriffe: Demokratie, Zusammenhalt, Vertrauen

Krisen und die Reaktionen auf Krisen haben viel mit dem Umgang mit Wissen und Ungewissheit zu tun (vgl. Cano 2020): In dem Moment, in dem eingespielte Routinen und bewährte Lösungsstrategien nicht mehr greifen, kommt es zu Irritation und entsteht Ungewissheit. Um alternative Erklärungs- und Handlungsansätze zu entwickeln, muss Wissen aktiviert werden, das aber – wie zu Beginn der Pandemie gut zu beobachten war – unter Umständen schlicht noch nicht vorhanden ist oder nicht ausreicht. Besonders prekär ist die Frage nach dem Umgang mit Ungewissheit in Krisensituationen in *demokratischen* Gesellschaften, in denen auch in Situationen der Unentscheidbarkeit (bspw. wenn kein ausreichendes Wissen vorliegt, das eine Entscheidung fundieren könnte) Entscheidungen getroffen *und begründet* werden müssen (vgl. ebd.) – anders als dies zum Beispiel in autoritären Systemen der Fall ist, deren Entscheidungen nicht begründungspflichtig sind. Gesellschaftliche (und auch verbandliche) Krisen stellen deshalb *immer* auch Anfragen an die Demokratie, an demokratische Verfahren und an den ‚Demos‘ selbst.

1.1 Demokratie, Teilhabe und Verteilung

Demokratie ist die Gesellschaftsform, die den **Streit auf Dauer** stellt – und zwar den Streit ‚ums Ganze‘. Um schlichtweg alles ist in einer Demokratie zu streiten, weil es niemanden gibt, der irgendetwas endgültig entscheiden könnte und weil alle Entscheidungen begründet werden müssen. Demokratie bedeutet „das gleiche Recht aller Bürger*innen auf Teilhabe an der kollektiven Gestaltung der sie gleichermaßen betreffenden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse“ (Lessenich 2019: 18). Dieses Recht wurde im Verlauf der Geschichte immer mehr Gesellschaftsmitgliedern zuerkannt – beispielsweise durch die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen oder die Einführung von Mitbestimmungsrechten für Arbeitnehmer:innen. Stephan Lessenich weist jedoch darauf hin, dass diese fortschreitende Öffnung von Berechtigungsräumen nur eine Seite der Medaille ist, weil demokratisch verfasste Gemeinwesen *immer* zugleich Grenzen um ihren sozialen Raum ziehen:

„Es geht (...) um Freiheit und Zwang, Berechtigung und Entrechtung, Teilhabe und Ausschluss als soziale Verteilungsfragen: Es geht darum, dass in der Geschichte der modernen Demokratie die Freiheiten der einen regelmäßig die Zwänge der anderen waren, dass die Berechtigungen der einen auf der Entrechtung der anderen beruhte. Oder um es auf eine Kurzformel zu bringen: Die Geschichte der Demokratisierung ist eine Geschichte von Teilhabe durch Ausschluss. Und zwar bis auf den heutigen Tag.“ (Lessenich 2019: 17)

Lessenich identifiziert vier Achsen, entlang derer Schließungen von Berechtigungsräumen vollzogen werden, auf denen also in Demokratien **Kämpfe um den Zugang zu und die Beteiligung an sozialen Räumen** stattfinden:

- die vertikale Achse: Oben gegen Unten, Besitzende gegen Nicht-Besitzende, Mächtige gegen Ohnmächtige, Privilegierte gegen Nicht-Privilegierte – Kämpfe folgen der Logik der Klassengesellschaft;

- die horizontale Achse: „Hinz gegen Kunz“², Nicht-Privilegierte gegeneinander – Kämpfe folgen einer Logik der Konkurrenz;
- die transversale Achse: Innen gegen Außen, Etablierte gegen Außenseiter – Kämpfe folgen der Logik der Nationalgesellschaft und Staatsangehörigkeit;
- die externale Achse: Alle gegen Eine – Logik der Aneignung und Ausblendung der ökologischen Umwelt.

Betrachtet man die aktuellen Krisen entlang dieser Achsen, wird deutlich, dass und wie aus ihnen Anfragen an die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft erwachsen. Antworten auf Krisensituationen zu finden und neue Handlungsstrategien zu entwickeln, *muss* in Demokratien zu Auseinandersetzungen um Teilhabe und Berechtigungen entlang dieser Achsen führen. Die dabei auszutragenden gesellschaftlichen Kämpfe mögen durch die Krisen verursacht sein, sie schließen aber an bereits seit Langem stattfindende Konflikte an. Sie entlang der vier genannten Achsen zu analysieren, schärft den Blick für Prozesse, die häufig als Polarisierung oder „Spaltung“ der Gesellschaft bezeichnet werden und dem Rechtspopulismus Auftrieb verleihen. Auch sie haben ihre Ursachen in den der Demokratie immer schon innewohnenden Kämpfen um Berechtigungsräume:

„Es geht mithin um die Erschütterung nicht nur materieller, sondern auch symbolischer Machtpositionen, es geht um die Erfahrung bisher tonangebender Gruppen, dass sie die – wie auch immer begrenzte – Kontroll- und Diskursmacht, die ihnen einst und bis vor kurzem zu eigen war, einzubüßen beginnen, sie vielleicht auch schon verloren haben.“ (Lessenich 2019: 92)

Gesellschaftliche Krisen lassen sich insofern (auch) als „Zusammenhaltskrisen“ (Salheiser et al. 2020: 195) beschreiben. Dies ist der gesellschaftliche Kontext, innerhalb dessen das Jahresthema der AWO Thüringen diskutiert wird und seine Relevanz gewinnt.

1.2 Vertrauen und Zusammenhalt

Im öffentlichen und politischen Diskurs wird über *Zusammenhalt* immer dann explizit gesprochen, wenn dieser in Gefahr zu sein scheint, wenn er „bröckelt“ oder „wegbricht“ – und dann wird er über diese Negation definiert. Teilweise gehen damit heftige Debatten einher, weil die Forderung nach mehr Zusammenhalt mit einer Diagnose dessen verbunden wird, was den Zusammenhalt gefährdet und dabei schnell auch Schuldige ausgemacht werden (sollen) – oder weil unterschiedliche Vorstellungen davon, was denn gesellschaftlicher Zusammenhalt eigentlich sei, aufeinandertreffen (vgl. Pickel/Pickel 2021). Gerade in Krisenzeiten wird der Zusammenhalt beschworen, weil man „nur gemeinsam“ durch die Krise kommt. Häufig wird dann an einen „Geist“ des Zusammenhalts appelliert – was je nachdem, wer das wann wem gegenüber tut, ganz unterschiedliche Funktionen erfüllt und Unterschiedliches zum Ziel hat: von konkreter tatkräftiger Hilfe füreinander, über Nachsicht, Toleranz und Geduld miteinander bis hin zu Unterordnung und Disziplin gegenüber bereits getroffenen Entscheidungen. Entsprechend unterschiedlich kommen solche Appelle bei den Adressierten an, klingen ermutigend oder hohl, stoßen auf

² Lessenich benennt die horizontale Achse als „Hinz gegen Kunz“ mit dem Verweis darauf, dass im Hochmittelalter Heinrich und Konrad (Kurzform Hinz und Kunz) als Namen zahlreicher Herrscher häufig auch als Vornamen für Kinder des „gemeinen“, diesen Herrschern unterworfenen Volks gewählt wurden.

Zustimmung oder Ablehnung. *Vertrauen* lässt sich dagegen weniger gut einfordern, ist aber – jedenfalls im alltagssprachlichen Gebrauch dieser Begriffe – elementar für *Zusammenhalt*. Dabei bezieht sich *Vertrauen* auf das einzelne Subjekt, das Vertrauen in jemanden oder auch in eine Institution oder Struktur hat, während sich *Zusammenhalt* immer auf mehrere Subjekte bezieht.

Worin genau „**gesellschaftlicher Zusammenhalt**“ besteht bzw. worin er sich zeigt, ist auch wissenschaftlich nicht leicht zu bestimmen (vgl. Deitelhoff et al. 2020, Schiefer et al. 2012). Je nachdem, welches Konzept zur Analyse herangezogen wird, werden unterschiedliche Dinge sichtbar.

So lassen sich z.B. mit der Definition des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) auch die möglichen problematischen Erscheinungsformen von Zusammenhalt betrachten: *Desintegration* und *Überintegration* werden als extreme Pole auf einem Kontinuum der Sozialintegration beschrieben, deren Wahrnehmung häufig leichter fällt als die Beobachtung und Beschreibung einer „wohlintegrierten“ gesellschaftlichen Ordnung (vgl. Grunow et al. 2022: 6).

Definition der Bertelsmann-Stiftung:

„Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch enge soziale Beziehungen, intensive emotionale Verbundenheit und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.“ (Schiefer et al. 2012: 21)

Definition des FGZ:

„Der Begriff bezieht sich folglich auf Gemeinwesen, deren Mitglieder bestimmte positive *Einstellungen* zueinander und zu ihrem sozialen Gesamtkontext aufweisen, in dem sie als Handelnde in *Praktiken* und *Beziehungen* involviert sind, die einen (näher zu bestimmenden) Gemeinschaftsbezug haben, und sich in komplexe *institutionelle* Prozesse der Kooperation und Integration einfügen, die kollektiv *diskursiv* thematisiert und evaluiert werden. Zusammenhalt existiert dort, wo diese Ebenen eine bestimmte Qualität aufweisen und hinreichend übereinstimmen – in den Einstellungen, Handlungen, Beziehungen, Institutionen und Diskursen einer Gesellschaft.“ (Forst 2020: 44, Herv. JD)

Insgesamt kommen **Studien zu gesellschaftlichem Zusammenhalt** der letzten Jahre zu dem Schluss,

- dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland als ausgeprägt und relativ stabil wahrgenommen wird (vgl. Bertelsmann 2022a: 5).
- dass zu Beginn der Pandemie ein stärkerer/wachsender Zusammenhalt und ein wachsendes Vertrauen in Institutionen wahrgenommen wurden, im Jahr 2021 die Werte wieder sanken und mittlerweile (wobei die neusten Daten in den meisten Studien von Anfang/Mitte 2022 sind) auf einem Niveau etwas unter dem vor der Pandemie (also Anfang 2020) angekommen sind (vgl. Bertelsmann 2022a: 6ff., Reiser et al. 2021).
- dass sich dabei jedoch Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zeigen: „Bedenklich ist hierbei, dass Menschen mit geringerem Einkommen und niedrigerer formaler Bildung weniger Vertrauen haben in politische Institutionen, weniger zufrieden sind mit der Demokratie und auch weniger Solidarität wahrnehmen als andere.

Das soziale Gefüge, das Zusammenhalt schafft, ist also nicht für alle im gleichen Maße brüchig geworden.“

- (vgl. Bertelsmann 2022a: 13)
- dass es sich insgesamt und in der Langzeitperspektive eher um „normale“ Schwankungen handelt und bislang kein Anlass gesehen wird, insgesamt um den Zusammenhalt oder „die Gesellschaft“ zu fürchten. Das gilt umso mehr für die neuen Bundesländer, wo in Zeitreihen seit der Wende die letzten Jahre die höchsten Werte überhaupt aufweisen (vgl. Reiser et al. 2021).
- dass Armut, Jugendarbeitslosigkeit und Überalterung Faktoren darstellen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden – insbesondere in strukturschwachen Regionen. Diese Faktoren stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerade in Thüringen vor besondere Herausforderungen (vgl. Grau/Unzicker 2018).
- dass in Thüringen vor allem Gefühle sozialer Benachteiligung und materielle Deprivation die Gerechtigkeitswahrnehmung beeinflussen und empfundene Gerechtigkeitsdefizite die Zufriedenheit mit der Demokratie senken und das Misstrauen gegenüber Eliten stärken (vgl. Salheiser 2018).
- dass die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bevölkerung zunimmt (vgl. Reiser et al. 2021, Bertelsmann 2022b) – und dies besonders unter Menschen, die den Eindruck haben, die Politik müsse mehr für diejenigen tun, „die dazugehören“ – also für die scheinbar homogene Mehrheit der Bevölkerung, „für die Leute in unserem Land“ anstatt für Minderheiten (Salheiser 2018: 34).

Bezieht man die Ergebnisse auf die vier Achsen der demokratischen Teilhabekämpfe von Lessenich, wird deutlich, dass die vertikale (z.B. das „einfache Volk“ gegen die „Eliten“), die horizontale (z.B. Ostdeutsche gegen Westdeutsche) und die transversale Achse (die Menschen „hier im Land“ gegen „Asylsuchende“ oder andere „Minderheiten“) gerade auch in Thüringen heiß umkämpft sind – die Demokratie als Regierungs- und Gesellschaftsform aber zugleich hohe Zustimmung erfährt und die genannten Studien **keine grundsätzliche, existenzbedrohende Krise der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts** feststellen.

Vertrauen in andere Menschen und Institutionen, so wird in den verschiedenen Studien ebenfalls deutlich, ist eine wesentliche Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wissenschaftliche Ansätze verstehen Vertrauen „als eine Form der Erwartung unter den Bedingungen von Ungewissheit oder Unsicherheit“ (Nussli 2002: 89). Gerade in durch Krisen verursachten Situationen der Ungewissheit kommt Vertrauen somit eine besonders große Bedeutung zu.

Vertrauen in Systeme ist nicht freiwillig, sondern unausweichlich. Trotz und wegen unzureichender Informationen über die Systeme *müssen* Menschen diesen Systemen vertrauen – dadurch ist Vertrauen immer ambivalent, es ist eine „**riskante Vorleistung**“ (Luhmann, zit.n. Wagenblaus 2004: 69). Deshalb ist umso wichtiger, welche Erfahrungen an *access points*, also den Schnittstellen zwischen Systemen und Menschen, gemacht werden und ob die Systeme sich offen zeigen für gesellschaftliche Wandlungsprozesse, für Kritik und Veränderungswünsche ihrer Adressat:innen (ebd.: 63f.).

Der Thüringen-Monitor 2021 zeigt, dass das **Vertrauen der Thüringer:innen in Institutionen seit dem Jahr 2000 insgesamt gewachsen** ist – allerdings wird hier nur nach einigen ausgewählten Institutionen gefragt: Das Vertrauen in Polizei und Justiz hat sich während der Pandemie kaum verändert, während das Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung „niedriger und volatiler“ ist und 2021 sank, nachdem es 2020 die höchsten Werte jemals erreicht hatte.

Vertrauen in die Wissenschaft äußern fast vier von fünf Thüringer:innen, den Medien vertraut hingegen nur knapp ein Viertel der Befragten. Möglicherweise als Verschränkung dieser beiden Aspekte stimmen 44% der Befragten der Aussage voll oder eher zu: „Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“ (Reiser et al. 2021: 51).

Andererseits, so die Autor:innen des Thüringen-Monitors 2021, sind auch Corona-Skeptikerinnen nicht per se misstrauisch gegenüber der Wissenschaft und das Vertrauen in die Bundesregierung ist nicht nur bei corona-skeptischen Bürger:innen von 2020 auf 2021 zurückgegangen. Die gemessenen Werte zum Vertrauen in Institutionen gehören weiterhin zu den höchsten seit Beginn des Monitorings: „Insofern ist keine Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen zu erkennen.“ (ebd.: 30). Im Vergleich zu den anderen Bundesländern zeigt sich allerdings, dass die **Menschen in Thüringen sowohl gegenüber ihren Mitmenschen als auch gegenüber Institutionen unterdurchschnittlich viel Vertrauen** haben (vgl. Grau/Unzicker 2018).

In (gesellschaftlichen oder verbandlichen) Krisen, so ließe sich zusammenfassen, stellen sich immer Anfragen an die Demokratie bzw. die demokratische Verfasstheit einer Organisation.

Demokratie bedeutet das Auf-Dauer-Stellen des Streits. Zu streiten ist u.a. darum, wer auf welche Weise an der Gestaltung von Gesellschaft teilhaben darf und soll.

Demokratie ist also nicht harmonisch. (Gesellschaftlicher) Zusammenhalt in einer Demokratie bedeutet nicht, dass kein Streit stattfindet – im Gegenteil. Gerade im Streit um Teilhabe und Berechtigungsräume entstehen und zeigen sich Zusammenhalt und Vertrauen.

2 Die AWO Thüringen in Zeiten der Krise

2.1 Wohlfahrtsverbände in der Demokratie

Die Aufgabenstellung für die Wissenschaftliche Begleitung –

"Welche Bedeutung und Aufgaben hat die AWO als zivilgesellschaftliche Organisation in Zeiten schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und schwindenden Vertrauens gegenüber Politik und staatlichen Institutionen?"

– stellt im Kern die **Frage nach der Zukunft der AWO als Wohlfahrtsverband und nach ihrer Legitimation** unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen. Damit geht es zentral um das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. der freien Wohlfahrtspflege, „dem Staat“ bzw. „der Politik“ und den Menschen, der Bevölkerung, „der Gesellschaft“. Dieses Verhältnis ist ein demokratisches, weil freie Wohlfahrtspflege nur in einer Demokratie existieren kann und umgekehrt eine demokratische Gesellschaft eine Struktur der Wohlfahrtspflege braucht (vgl. Hummel/Timm 2020). Ein demokratisches Verhältnis ist jedoch, wie bereits deutlich wurde, *immer* ein dynamisches und umkämpftes Verhältnis.

Wohlfahrtsverbände sind eine wesentliche Säule der sozialen Infrastruktur in Deutschland. Dabei sind sie zugleich **Dienstleister**, „die für den Staat und in dessen Auftrag bestimmte Aufgaben der Wohlfahrtspflege erfüllen“, und **Interessenvertretung** für die Menschen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen – als „Anwalt und Unterstützer der Menschen, die sonst in der Gesellschaft eher am Rande stehen“ (BAGFW 2022³). Dabei bündeln sie **großes ehrenamtliches Engagement** einerseits, eine (historisch gesehen) wachsende Zahl **hauptamtlicher Beschäftigter** andererseits. Als Dienstleister sind die Wohlfahrtsverbände wichtige Akteure der **Sozialwirtschaft**. Als aus dem Gedanken der Selbstorganisation entstandene Interessenvertretungen agieren sie **politisch**.

Das Verhältnis zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden lässt sich dabei als eines der „Inkorporierung von rechtlich freien Verbänden in staatliche Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse“ (Backhaus-Maul 2020: III) beschreiben. Doch diese Inkorporierung und die damit einhergehende staatliche Kontrolle stehen in **Spannung zur Autonomie der Verbände** und erfordern umso stärkere und mehr **innerverbandliche Demokratie** gegenüber den Mitgliedern „und deren partizipative Öffnung zugunsten von Nicht-Mitgliedern“ (Backhaus-Maul 2020: IV). Auch um den Anspruch der Repräsentation von gesellschaftlichen Interessen überhaupt aufrecht erhalten zu können, müssen die Verbände ihre „gesellschaftliche Einbettung“ permanent erneuern (BackhausMaul 2020: V).

„Der bis heute von Wohlfahrtsverbänden kultivierte Begriff der anwaltschaftlichen Interessenvertretung kaschiert, dass es in der Regel keine repräsentativ direkten Beteiligungsverfahren gibt, in denen die Klientinnen und Klienten ihre Interessen formulieren und durchsetzen können.“ (Backhaus-Maul 2020: VII)

³ Vgl. Imageflyer der BAGFW 2022

Backhaus-Maul sieht diese verschiedenen Funktionen bzw. Selbstverständnisse auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: Während auf der *lokalen* Ebene der Kommunen die Wohlfahrtsverbände in erster Linie Betreiber von sozialen Dienstleistungsangeboten seien, agierten sie auf *Landes- und Bundesebene* stärker als politische Akteure. Besonders hier verfügen sie über politische Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten und über Zugänge zu institutionalisierten Formen der Politikgestaltung (bspw. im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren) – jedoch *ohne* diese auf die gleiche demokratische Legitimation aufzubauen wie gewählte Parteien oder Regierungsmitglieder (vgl. Backhaus-Maul 2020: VIII).

Das **Verhältnis zwischen Wohlfahrtsverbänden, Staat und ‚der Gesellschaft‘ ist also in hohem Maße voraussetzungsreich und insofern fragil**. So stoßen auch Wohlfahrtsverbände in ihren eigenen Reihen (zunehmend?) auf Mitglieder, Kund:innen oder Mitarbeitende, die die Frage, wie knappe Ressourcen verteilt werden und wer besondere Unterstützung erhalten soll, in einer Weise beantworten, die nicht unbedingt mit dem Selbstverständnis des Verbands oder gar mit dem Grundgesetz vereinbar ist (vgl. Hummel/Timm 2020, Schroeder/Heller 2020).

„Wie also stellen die Wohlfahrtsverbände ihre Balance her zwischen Auftragsökonomie und Werteorientierung, zwischen Grundgesetzloyalität und Mitgliederloyalität, zwischen autonomer Handlungssouveränität und Kooperation mit staatlicher Sozialplanung, woher beziehen sie die Legitimität für sozial bedrohte Menschen und Räume zu sprechen und wenn, mit welchen Ressourcen und Macht können sie dies tun?“ (Hummel/Timm 2020: 21)

Vor dem Hintergrund der oben umrissenen demokratischen Verteilungskämpfe und der immer pluraler werdenden Vorstellungen davon, wie gutes Leben in der Gesellschaft für alle aussehen soll und erreicht werden kann, und angesichts der zugleich immer knappen Ressourcen und politisch gegebenen Rahmenbedingungen geraten Wohlfahrtsverbände in Dilemmata:

„Die Wohlfahrtsverbände entziehen sich notgedrungen oft den konkreten Fragen, was gerecht und gleich heute bedeutet, indem sie in der Regel darauf verweisen, dass die Mittel begrenzt sind und der Staat ihnen nicht genug Geld gibt für die Soziale Arbeit. ‚Gerecht‘, so bleibt es im Gedächtnis, wird im Bundestag diskutiert und mit Leistungsgesetzen umgesetzt.“ (Hummel/Timm 2020: 26)

Doch gerade in der „Krise des *demos*“ könnten und sollten die Wohlfahrtsverbände „stärker versuchen, durch innovative Maßnahmen und Aufklärungsarbeit den Sozialraum jener Menschen aktiv mitzugestalten, die befürchten, aufgrund gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen zu verlieren und abzustiegen.“ (Frankenberger/Seeleib-Kaiser 2020: 137)

2.2 Die AWO Thüringen: Krisen und Aufbrüche

Als Wohlfahrtsverband und zivilgesellschaftlicher Akteur ist die AWO Thüringen mit den beschriebenen gesellschaftlichen Krisen konfrontiert, die sich – so die hinter dem Jahresthema stehende These – auch in einer Vertrauenskrise und einer Krise des (gesellschaftlichen) Zusammenhalts niederschlagen und Anfragen an die Legitimation von Institutionen stellen. Als Organisation, die in den vergangenen Jahren mit einer Reihe an

stark öffentlichkeitswirksamen Skandalen konfrontiert war, muss die AWO Thüringen sich selbst einer Vertrauens- und Legitimationskrise stellen, in der es um ihre Werte und Grundsätze, aber auch ihre verbandlichen Strukturen geht.

Ausgehend von den bisherigen Überlegungen lassen sich zwei Aufgaben beschreiben, vor denen die AWO Thüringen (wie alle Wohlfahrtsverbände) in dieser Situation steht:

1. Sie muss – zugunsten ihrer internen Legitimation – den einer demokratischen Ordnung immer inhärenten Streit aushalten, gestalten und moderieren.
2. Sie muss sich – zugunsten ihrer externen/gesellschaftlichen Legitimation – am Streit beteiligen und um Berechtigungsräume für diejenigen kämpfen, für die einzutreten sie beansprucht und die diesen Kampf nicht selber führen können.

Anhand des vorliegenden empirischen Materials aus der Wissenschaftlichen Begleitung des Jahresthemas wird im Folgenden untersucht, was die **Ausgangsbedingungen** für die Wahrnehmung dieser Aufgaben sind, **welcher Streit und welche Kämpfe** in der AWO Thüringen stattfinden und **welche möglichen (bereits realisierten oder vorgeschlagenen) Handlungsstrategien** sich abzeichnen, um den Streit zu gestalten und Berechtigungsräume zu erkämpfen.

Indem die auf unterschiedlichste Weise mit der AWO Thüringen verbundenen Menschen *über die AWO* sprechen, setzen sie sich selbst in ein *Verhältnis zur AWO* und bringen dabei auch ihr Verständnis davon zu Sprache, *wer „die AWO“* eigentlich ist. Darin zeigen sich vier unterschiedliche Perspektiven, aus denen sich die AWO Thüringen betrachten lässt:

- die AWO Thüringen als Mitgliedsverband
- die AWO Thüringen als soziale Infrastruktur
- die AWO Thüringen als Dienstleister und Arbeitgeber -
- die AWO Thüringen als politische Akteurin.

Diese vier Perspektiven helfen im Folgenden, die vielen unterschiedlichen Annahmen und Erwartungen, Möglichkeiten und Konflikte, von denen in den zahlreichen Gesprächen zum Jahresthema die Rede war, zu sortieren, zu verallgemeinern und einander gegenüberzustellen.

Die AWO Thüringen...	als Mitgliederverband	als soziale Infrastruktur	als Dienstleister und Arbeitgeber	als politische Akteurin
<i>Wer spricht da im Verhältnis zur AWO?</i>	Ich als Mitglied bin AWO.	Ich als Engagierte:r gestalte im Namen der AWO.	Ich als Arbeitnehmer:in stelle der AWO meine Arbeitskraft und meine Qualifikation zur Verfügung.	Ich als politisch denkender Mensch habe Interesse an der AWO und an dem, was sie bewirken kann.
<i>Wenn ich von „der“</i>	...die anderen Gliederungen und Ebenen der AWO, mit denen ich mich	...andere haupt- und/oder ehrenamtlich Engagierte.	...die AWO als mir übergeordneten Arbeitgeber; sowie als Struktur	...die Leitungsebenen der AWO - bzw. „uns“ als

<i>AWO“ spreche, meine ich...</i>	auf „demokratische“ Weise verbunden fühle.		von Professionen und Arbeitsfeldern.	Verantwortliche in der AWO.
<i>„Die AWO“ adressiert...</i>	...ihre Mitglieder (und Nicht-Mitglieder)	...Menschen vor Ort, die Nutzer*innen unserer Angebote.	...Kund:innen, Klient:innen, Nutzer:innen und Mitarbeitende.	...politische Entscheidungsträger und politisch Engagierte.

Worin der Sinn der AWO bzw. eines Engagements für die AWO – und damit die **Legitimation der AWO für die mit ihr verbundenen Menschen** – besteht, wird aus den verschiedenen Perspektiven unterschiedlich dargestellt. Insgesamt ergibt sich die **Sinnhaftigkeit der AWO** für sie aus **unterschiedlichen Formen und Ausprägungen von „Zusammenhalt“**, wie z.B. Gemeinschaft und Geselligkeit, gemeinsames Tun, soziales Engagement, Einsetzen für Solidarität. Genau diese Aspekte sind es aber auch, die problematisiert werden und dann die Legitimation in Frage stellen:

Die AWO Thüringen...	als Mitgliederverband	als soziale Infrastruktur	als Dienstleister und Arbeitgeber	als politische Akteurin
<i>Sinn und Legitimation über...</i>	geteilte Werte, Zugehörigkeit, Beteiligung, Gemeinschaft, auch über einzelne konkrete Personen	gemeinsames Tun, etwas für andere Tun, dabei Gemeinschaft und Geselligkeit erfahren	Arbeit/Engagement und Lohn/Anerkennung, Bedarfe und Leistungen, soziales Engagement als Beruf	Eintreten für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Solidarität
<i>Was wird problematisiert?</i>	Konflikte und Kontroversen innerhalb der AWO, die die Werte in Frage stellen; diese kreisen häufig um die Ambivalenz scheinbar eindeutiger Werte in einem vielfältigen Verband und einer komplexen Welt – und damit um den Sinn der AWO-Mitgliedschaft; Zugehörigkeit und Identifikation vs. Eigenständigkeit, Identität und Abgrenzung – nach dem Motto: <i>„Sag mir was ich tun soll, aber sag mir bloß nicht, was ich tun soll.“</i>	Sich verändernde Ordnungen: Generationenwechsel und Intergenerationalität, Stadt-Land-Unterschiede (hier v.a. Mobilität und öffentlicher Raum), Verhältnis Hauptamt-Ehrenamt, Aufgaben der Verbandsebenen, sich verändernde Formen und Funktionen von (Orts- und Förder-)Vereinen	Handlungsfähigkeit vs. Ohnmacht, Zusammengehörigkeit und Isolation, Solidarität vs. Ausgeliefertsein, Vertrauensverlust z.B. in der Pandemie: <i>„Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner.“</i>	(wahrgenommene bzw. eben nicht ausreichend wahrgenommene) Verantwortung über die AWO hinaus, z.B. für: Politisierung von sozialen Fragen, Diskursen und sozialem Engagement, Transparenz von Entscheidungen, Lernen aus früheren (gesellschaftlichen und verbandlichen) Transformationen u.a. öffentlicher Raum / Sozialraum, kollektive biographische Verlusterfahrungen

Die geschilderten Konflikte lassen sich mit Stephan Lessenich als **Kämpfe auf der vertikalen, horizontalen und transversalen Achse** beschreiben, in denen es um Zugehörigkeit, Teilhabe und Berechtigungsräume geht:

In der **AWO als Mitgliederverband** verlaufen Konflikte auf der *vertikalen* Achse zwischen oben und unten – bspw. wo sich ein:e Ortsvereins-Vorsitzende:r fragt, ob er/sie den Kopf für eine Entscheidung hinhalten muss, die der Bundes- oder Landesvorstand getroffen oder einen Skandal, den man dort verursacht hat. Und andersherum: Wie kann man die AWO auf Ortsebene vertreten, wenn nicht transparent ist, welche Positionen die AWO „da oben“ hat und wie diese begründet werden? Auf der *horizontalen* Achse verlaufen Konflikte bspw., wo sich ein Vorstand hinter einen Ehrenamtlichen stellt, der von einer Hauptamtlichen aufgrund seiner (den AWO-Werten widersprechenden) politischen Orientierung hinterfragt wird. Auf der *transversalen* Achse verlaufen Konflikte zwischen innen und außen: Wer darf zur AWO gehören und wer nicht? Wer will dazu gehören?

In der **AWO als soziale Infrastruktur** treten Konflikte entlang der *vertikalen* Achse auf, wo in gesellschaftlicher oder verbandlicher Hinsicht Benachteiligungen oder Abwertungen erlebt werden (bspw. Zentrum vs. Periferie; Stadt vs. Land; „da, wo es voran geht“ vs. „die Abgehängten“; Erfurt vs. Flächenkreise). Auf der *horizontalen* Achse entstehen Konflikte im Nebeneinander – oder im Gegeneinander und im Konkurrieren – beispielsweise „der Alten“ und „der jungen Leute“, der im Verband Alteingesessenen und dem „frischen Wind“, aber auch der AWO mit ihren Angeboten gegenüber Alternativangeboten vor Ort (zum Beispiel aus dem rechten Spektrum). Konflikte entlang der *transversalen* Achse kreisen um die Differenz zwischen Mitgliedern und Teilnehmenden, (oft wenigen) aktiv Engagierten und (oft zahlreicheren) passiv Konsumierenden.

In der **AWO als Dienstleister und Arbeitgeber** wurde von Konflikten auf der *vertikalen* Achse besonders dort berichtet, wo denjenigen, die Entscheidungen treffen (sei es die Einrichtungsleitung oder die Bereichsleitung, die Geschäftsführung oder die Regierung) diejenigen gegenüberstehen, die die Entscheidungen umsetzen müssen. Konflikte auf der *horizontalen* Achse zeigen sich in Erzählungen, die bspw. mit Blick auf Erfahrungen in der Pandemie beklagen, es gehe „immer um die anderen“ [=Kolleg:innen oder Fachbereiche], man selber werde „nicht wahrgenommen/anerkannt“ – oder wenn sich die besonders Engagierten gegenüber denjenigen, die „Dienst nach Vorschrift“ machen, benachteiligt fühlen. Gerade in der Pandemie wurden auch Konflikte auf der *transversalen* Achse erlebt – in einem starken Gefühl des „Wir gegen die“ – das heißt Kollegium vs. Angehörige, Einrichtung vs. Behörden, Soziale Arbeit vs. die Egoisten dieser Welt, Wohlfahrtsverbände vs. Staat, usw.

Die **AWO als politische Akteurin** schließlich gibt es überhaupt nur, wenn und insofern sie sich in die gesellschaftlichen Kämpfe auf den verschiedenen Achsen einbringt.

Diese Kämpfe stellen für einzelne Personen die Sinnstiftung eines Engagements für die AWO, den „Zusammenhalt“ als AWO und letztlich die AWO selbst in Frage. **Zugleich** sind es gerade diese Auseinandersetzungen, die in einem demokratischen Verband und in einer demokratischen Gesellschaft geführt werden *müssen*.

3 Und der Aufbruch? – Wohlfahrtsverbände als Akteure in der demokratischen Gesellschaft

Daraus ergibt sich abschließend die Frage, welche **Handlungsoptionen** sich abzeichnen, über die der Streit gestaltet und Berechtigungsräume erkämpft werden können – und über die zugleich die interne und externe Legitimation der AWO hergestellt/gesichert werden kann. Aus dem empirischen Material lassen sich einige – unterschiedlich konkrete – Handlungsoptionen herausarbeiten.

Die AWO als Mitgliederverband:

- Gerade als wertorientierter Verband kann die AWO Räume bieten, in denen **Kontroversität⁴ Platz hat**. Die Engagierten darin zu unterstützen und sie dazu zu befähigen, in ihren Wirkungskreisen Kontroversen anzuregen, auszuhalten und auszutragen, kann ein wichtiger Weg der Unterstützung des Ehrenamts sein.
- Die AWO mit ihrem Wertekanon als möglicher sinnstiftender Rahmen für gesellschaftliches Engagement kann **sichtbarer gemacht werden**, damit Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren wollen, sich bei der AWO aufgehoben und von ihr (ideell, aber auch mit Rat und Tat) unterstützt fühlen.
- **Ehrenamtliches Engagement** zu stärken, sollte nicht in erster Linie als Bestandserhaltung des Verbandes, sondern **als gesellschaftlich wichtige Aufgabe** betrachtet und gestärkt werden.

Die AWO als soziale Infrastruktur:

- Als soziale Infrastruktur erfüllt die AWO Thüringen mit ihren Gliederungen vielerorts wichtige Aufgaben. Damit diese auch künftig erfüllt werden können, **sind strukturelle Öffnungen und Erleichterungen** zu diskutieren – wie bspw. der Automatismus, dass Voraussetzung für die Existenz eines Ortsvereins die Wahl eines Vorstands ist, wodurch Ortsvereine schon rein formal vom Engagement einzelner Personen abhängig sind.
- Das **Ehrenamt zu stärken und zu pflegen** spielt hier insgesamt eine wichtige Rolle – und dies gilt für neue, jüngere Ehrenamtliche (die sich mancherorts gegen althergebrachte Routinen durchsetzen müssen) genauso wie für seit vielen Jahren und Jahrzehnten Engagierte (denen eine Anerkennung ihres Einsatzes und ihrer Erfahrungen wichtig ist).
- Ein Austausch zwischen und Angebote für die **verschiedenen Generationen von haupt- und/oder ehrenamtlich Aktiven** kann dabei nicht nur den Verband stärken, sondern eine besondere Bereicherung für gesellschaftliche und verbandliche Diskurse darstellen.
- Die **Verbindung zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Gliederungen der AWO**, also bspw. zwischen Ortsvereinen und Kreis-/Regionalverband oder zwischen Kreis-Geschäftsführung und Kreisverband stellt dabei eine nicht zu unterschätzende Schnittstelle dar. An diesen Schnittstellen kann die Vielfalt der Erwartungen mit Blick auf

⁴ „Kontroversität“ ist hier nicht nur als Konfliktfähigkeit, sondern als Prinzip gemeint: In der politischen Bildung besagt das Prinzip der Kontroversität, dass es Aufgabe von (nicht nur explizit politischen) Bildungsangeboten in demokratischen Gesellschaften sein muss, kontroverse Fragen und Themen auch als solche zu behandeln. Kontroversen sind nicht möglichst zu vermeiden, sondern anzustreben – weil sie Kern jeder Demokratie sind.

Unterstützung und Anerkennung der Ortsvereine besser aufgefangen werden als das ein Landesverband zu leisten vermag.

- Sowohl der Unterstützung und Ausweitung der eigenen Angebote und Anliegen als auch der Erweiterung von Perspektiven und Diskursen dient auch die **Vernetzung und Kooperation mit anderen (zivilgesellschaftlichen) Akteuren** vor Ort – für die im alltäglichen Bemühen um Mitglieder, Teilnehmende und die Organisation der nächsten Aktion oftmals zu wenig Zeit und Energie übrigbleibt.

Die AWO als Dienstleister und Arbeitgeber:

- Die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der AWO Thüringen verstehen sich oftmals im wörtlichen Sinne als „Dienst-Leistende“ für die Menschen, die ihnen anvertraut wurden bzw. sich ihnen anvertrauen. Dabei scheinen sie, so wird besonders in Erzählungen über die Zeit der Pandemie deutlich, häufig *für* diese Menschen und *gegen* Strukturen, Behörden oder Regeln zu kämpfen – und fühlen sich dabei auch noch alleingelassen. Kämpfe um Teilhabe im Sinne der Aufgabe für Wohlfahrtsverbände können aber nicht von einzelnen Fachkräften und Einrichtungen geführt werden, sondern bedürfen der gemeinsamen Kraft und Solidarisierung vieler. Unmittelbare **Erfahrungen der Solidarität und des gemeinsamen aktiven Eintretens für ein Anliegen** wiederum kann den Einzelnen Kraft für diese Kämpfe spenden und Sinn stiften.
- In diesem Zusammenhang lässt sich vor allem anhand der Erfahrungen aus der Pandemie eine Bewegung des Rückzugs auf die kleinste soziale Einheit, also die Einrichtung, das Team, die eigene „Bubble“ beobachten. Für diese überschaubare und gestaltbare Einheit werden in Krisenzeiten (oft zunächst nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen) selbständig Entscheidungen getroffen, Aushandlungen geführt, neue Handlungsstrategien entwickelt und Lösungen gefunden. Die dabei gesammelten **Erfahrungen** der Selbstwirksamkeit und Selbständigkeit, dieses Verantwortungsbewusstsein und diese Verantwortungsübernahme sind **anzuerkennen und aufzugreifen**.
- Insgesamt sind **Wertschätzung und transparente Kommunikation** bezüglich Handlungsspielräumen und Handlungsvorgaben als wesentliche Erwartungen der Mitarbeitenden auf allen Ebenen aufzugreifen.

Die AWO als politische Akteurin:

- Um als politische Akteurin wirksam werden zu können, sind Themen und Projekte der AWO auf allen Ebenen **in ihrer politischen Dimension** (und nicht nur als soziales Engagement) sichtbar zu machen und zu diskutieren.
- Dies kann u.a. bedeuten, die **Gestaltung des öffentlichen Raums und/oder des Sozialraums** als politisches Ziel und politisches Mittel kenntlich zu machen und zu nutzen.
- Unter anderem wird es dann erforderlich, eine Balance zu finden zwischen **der Förderung und dem Erhalt** von gesellschaftlichem und verbandlichem Zusammenhalt einerseits, dem **Aufbrechen und Hinterfragen** von (scheinbarem/oberflächlichem/unkritischem) Konsens andererseits.

- Zusammenfassen lassen sich diese Handlungsoptionen in drei **Aufforderungen an die AWO Thüringen** – aber auch an Wohlfahrtsverbände überhaupt, sofern sie sich ihrer Rolle nicht nur als Anwälte für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, sondern auch als Mittler zwischen vielfältigen gesellschaftlichen Interessen und als Akteure in einem fragilen demokratischen Verhältnis stellen wollen:

1. Den Streit auf Dauer stellen

Räume sichern, in denen Diskurs stattfindet/stattfinden kann, wo Konflikt nicht zufällig auftaucht (und dann ‚wegmoderiert‘ wird), sondern bewusst gesucht und ausgetragen wird. Räume sichern, in denen Aushandlungen über Erfahrungen und Einstellungen möglich sind, ohne dass in diesen Räumen immer die Gleichen auf der gleichen Seite stehen.

2. Gemeinsames Handeln und Gestalten ermöglichen

Angebote und Möglichkeiten des (auch politischen) Engagements vor Ort schaffen (ggf. in Kooperation mit anderen Trägern) und unterstützen. Das Ehrenamt als gesellschaftliche Kraft stärken.

3. Andere Ordnungen ermöglichen

Projekte und Aktivitäten vorantreiben, die gängiger Projektlogik widersprechen und die Gegebenheiten vor Ort aufgreifen, die gemeinsame Entwicklungen im Sozialraum ermöglichen und dort Räume schaffen, in denen Menschen Resonanz und Sinn erfahren, sich begegnen und gemeinsam handeln können.

Literatur

Backhaus-Maul, Holger (2020): Historischer Erfolg und ungewisse Zukunft. Ein kurzer Rückblick auf die Inkorporierung der Freien Wohlfahrtspflege in die staatliche Sozialpolitik. In: Hummel, Konrad/Timm, Gerhard (Hrsg.): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Blätter der Wohlfahrtspflege, BadenBaden: Nomos, S. I–XIX.

Bertelsmann Stiftung (2022a): Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monate Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gütersloh. Online unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/umfrage-februar-2022-erschoeffte-gesellschaft-all> (18.08.2022)

Bertelsmann Stiftung (2022b): Gesellschaftlicher Zusammenhalt bleibt unter Druck – große Mehrheit der Deutschen für eine Unterstützung der Ukraine. Online unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/gesellschaftlicher-zusammenhalt-bleibt-unter-druck> (23.08.2022)

Cano, Marcela (2020): Ungewissheit und die Entgründung des Sozialen. Eine politisch-philosophische Lesart aktueller Protestbewegungen und politischer Akte. In: *Voluntaris*, 2, S. 305–315.

Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias/Schmelzle, Cord (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Umriss eines Forschungsprogramms. In: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M.: Campus, S. 9–40.

Forst, Rainer (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In: Deitelhoff, Nicole/ Groh-Samberg, Olaf/ Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M.: Campus, S. 41–53.

Frankenberger, Rolf/Seeleib-Kaiser, Martin (2020): Krise der Demokratie oder Krise des Demos? In: Hummel, Konrad/Timm, Gerhard (Hrsg.): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden: Nomos, S.115–139.

Fuchs-Heinritz, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hanns (1994): Lexikon zur Soziologie, 3. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Grau, Andreas/Unzicker, Kai (2018): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen – ein empirischer Überblick, in: *Wissen Schafft Demokratie*, 3, S. 18–27.

Grunow, Daniela/Sachweh, Patrick/Schimank, Uwe/Traunmüller, Richard (2022): Gesellschaftliche Sozialintegration. Konzeptionelle Grundlagen und offene Fragen., 2, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, <https://www.fgz-risc.de/publikationen/details/gesellschaftliche-sozialintegration-konzeptionelle-grundlagen-und-offene-fragen-fgz-working-paper-nr-2>.

Hummel, Konrad/Timm, Gerhard (2020): Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun? In: dies. (Hrsg.): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden: Nomos, S. 15–43.

Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart: Reclam.

Nuissl, Henning (2002): Bausteine des Vertrauens – eine Begriffsanalyse. In: Berliner Journal für Soziologie, 12, S. 87–108.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsens. In: Kailitz, Steffen/Pickel, Gert/Genswein, Tobias (Hrsg.): Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimaten, Wiesbaden: VS, S. 111–144.

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2021, Jena.

Salheiser, Axel (2018): Zusammenhalt, Gerechtigkeitswahrnehmung und die Akzeptanz von Minderheiten in Thüringen. In: Wissen Schafft Demokratie, 3, S. 28–36.

Salheiser, Axel/Dieckmann, Janine/Quent, Matthias/Thiele, Anja/Geschke, Daniel (2020): Plurale Konzepte, Narrative und Praktiken gesellschaftlichen Zusammenhalts. In: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M.: Campus, S. 194–217.

Schiefer, David/Noll, Jolanda van der/Delhey, Jan/Boehnke, Klaus (2012): Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Schroeder, Wolfgang/Heller, Lukas (2020): Wohlfahrtsverbände und rechtspopulistische Herausforderungen. In: Hummel, Konrad/Timm, Gerhard (Hrsg.): Demokratie und Wohlfahrtspflege, Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden: Nomos, S. 189–212.

Wagenblass, Sabine (2004): Vertrauen in der Sozialen Arbeit. Theoretische und empirische Ergebnisse zur Relevanz von Vertrauen als eigenständiger Dimension, Weinheim & München: Beltz Juventa.



Landesverband Thüringen e. V.

AWO Landesverband Thüringen e. V.

Juri-Gagarin-Ring 160

99084 Erfurt

Telefon: 0361 21031-0

Fax: 0361 21031-149

landesverband@awo-thueringen.de

awothueringen.de